

Gillier Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Brežernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen.
 Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 81

Donnerstag den 14. Oktober 1920

2. [45.] Jahrgang

Wien-Prag.

Die Wahlbewegung in Deutschösterreich nähert sich allmählich dem Höhepunkte. Die Ueberfälle auf nichtsozialdemokratische Versammlungen, welche in der jüngsten Zeit von der Volkswehr organisiert und durchgeführt wurden, sind ein deutliches Zeichen der Nervosität, die sich der sozialdemokratischen Führer bemächtigt hat. Die Ursache mag zum Teile in den ungünstigeren Wahlausichten der Partei liegen, in der Hauptsache aber ist die Depression durch den Zusammenbruch hervorgerufen worden, welchen die sozialdemokratische Außenpolitik an einem der für sie wichtigsten Punkte, in Böhmen, erlitten hat.

Sowohl Dr. Bauer als auch, und vielleicht in noch höherem Maße, Dr. Renner, hatte seine Außenpolitik auf die Prager Linie eingestellt, und zwar in der Annahme, daß es den deutschen Sozialdemokraten in den Sudetenländern gelingen werde, zu einem nationalen Ausgleich mit den tschechischen Genossen zu gelangen, der es ihnen ermöglichen würde, mit diesen zusammen eine parlamentarische Mehrheit zu bilden. Ein starkes sozialistisches Kabinett in Prag wäre naturgemäß eine außerordentlich wirksame Bürgschaft für die gleiche Gestaltung der Machtverhältnisse in Wien gewesen und hätte überdies eine politische und wirtschaftliche Annäherung der Tschechoslowakei und Deutschösterreichs bewirkt, die beide Staaten zusammen zu einem nicht unbedeutlichen Machtfaktor in der internationalen Politik gemacht haben würde. Den Preis für diese Kombination hatten die deutschösterreichischen Sozialdemokraten bereits im Jahre 1919 erlegt, indem sie vorzeitig die Deutschen in den Sudetenländern preisgaben. Die tschechische Sozialdemokratie hat aber den Vertrag nicht gehalten. Auch als sie durch das Ministerium Tusar zur ausschlaggebenden Macht gelangt war, tat sie keinen ernstlichen Schritt, um wenigstens den deutschen Sozialdemokraten die Teilnahme an der Regierung zu ermöglichen. Weil sie aber mit dem tschechischen Imperialismus so eng verknüpft war, wuchs auch in den eigenen Reihen der Widerstand und mehrte sich der Einfluß der Linken, bis endlich vor kurzem die ganze Partei auseinanderbrach, die Regierung Tusar fiel und in Prag eine Regierung aus Ruder kam, die vollständig nach der französisch-kapitalistischen Seite einschwenkte. Damit sind nun alle Abmachungen, die Renner mit der Regierung Tusar getroffen hatte, insofern zunichte geworden, als sie gewisse Bürgschaften für Deutschösterreich, beziehungsweise die deutschösterreichische sozialdemokratische Partei enthielten.

Unter diesen Verhältnissen ist die Nervosität der sozialdemokratischen Parteiführer begreiflich; sie sind aber in der Wahl ihrer Mittel, sich aus dieser kritischen Lage zu befreien, nicht sehr glücklich, wenn sie zu Gewalttätigkeiten gegenüber den nichtsozialdemokratischen Parteien greifen. Für die Bevölkerung schwimmen dadurch die Begriffe „Republik“ und „Unordnung“ immer mehr zusammen und beeinflussen die öffentliche Meinung zugunsten einer Intervention von außen, für die von französischen Agenten neuerdings Stimmung gemacht wird. —

In Prag war der jüngste Regierungswechsel mehr als ein Personenwechsel. Infolge des Zusammenbruches der parlamentarischen Koalition hatte man zu dem Auskunftsmittel eines Beamtenministeriums gegriffen, dessen neutraler Charakter vornehmlich in der Person des neuen Ministerpräsidenten Cerny zum Ausdruck kommen sollte. Kurz nach seiner Ernennung hieß es auch bereits, daß es sich nur um ein kurzfristiges Provisorium handle, allein die Auffassung wird dadurch widerlegt, daß es sich immer deutlicher herausstellt, daß die innere Erschütterung des tschechoslowakischen Staates weit tiefer und schwerer ist, als man im allgemeinen anzunehmen berechtigt schien.

In seiner Programmrede legte Cerny sehr großes Gewicht auf eine schlagsfertige, straff disziplinierte Armee; sehr wenig ist aber eine andere, ebenso wichtige Stelle seiner Rede beachtet worden, in der er ankündigte, daß die neue Regierung in der auswärtigen Politik in der bewährten Richtung der ersten Regierung der Republik fortfahren werde. Die erste Regierung trug bekanntlich den Namen Kramarsch, stützte sich ausschließlich auf Frankreich und stand auch in der russischen Frage, gleich den Pariser Machthabern, in schroffem Gegensatz zu Sowjetrußland. Unter dem zweiten tschechoslowakischen Ministerium Tusar-Benesch war in diesen Beziehungen allmählich eine Aenderung eingetreten. Gegenüber Rußland bemühte man sich, eine neutrale Haltung einzunehmen, und nachdem infolge der Parteinahme Frankreichs für Polen eine merkliche Abkühlung zwischen Prag und Paris eingetreten war, sah das Ministerium Tusar-Benesch sich durch den französisch-ungarischen Vertrag von Cöbblitz, der die Grundlage für den Wiederausgleich der Nachfolgestaaten unter französischem Protektorate schaffen soll, veranlaßt, sich mit Südslawien zur „kleinen Entente“ behufs Abwehr dieser französischen Bemühungen zusammenzutun. In Paris war man davon nicht erbaut und legte sofort Gegenminen, allein der Versuch Benesch', eine selbständige tschechoslowakische Politik zu machen, schritterte nicht an den Intrigen, die der rumänische Außenminister Take Jonescu im Auftrage Frankreichs anstellte, sondern an der inneren Unwahrheit der tschechoslowakischen Gesamtpolitik. Eine Politik, die sich ausschließlich auf die tschechische Minorität im Lande stützte, die übrigen Volksstämme aber in der brutalsten Weise unterdrückte, hatte von vornherein nach außen wenig Ressourcen. In der Absicht der tschechischen Mehrheitssozialisten mochte es wohl gelegen gewesen sein, mit den deutschen Sozialdemokraten zu einem nationalen Ausgleich zu gelangen und dadurch die staatliche Politik auf eine breitere Basis zu stellen, allein sie hatten nicht den Mut und auch nicht die Kraft, sich von dem tschechischen Imperialismus loszusagen. Wie man nunmehr aus den Mitteilungen des Führers der deutschen Sozialdemokratie, Seeliger, weiß, scheiterten die Verhandlungen und als dann auch noch in der tschechisch-sozialdemokratischen Partei selbst eine tiefe Spaltung eintrat, waren alle Voraussetzungen gefallen, unter denen Benesch den Versuch gemacht hatte, sich von der politischen Vormundschaft Frankreichs zu emanzipieren und das französische

Donaubundprojekt zum Scheitern zu bringen. Die Prager Krise wäre indessen trotz alledem im wesentlichen noch immer eine innere tschechoslowakische Angelegenheit, wenn nicht einerseits die von Frankreich öffentlich geschürte monarchistische Agitation der katholischen Volkspartei und ihrer Hintermänner, andererseits aber das sichtbare Anwachsen der bolschewistischen Bewegung die Gefahr einer neuen Revolution bedeuten würde, der gegenüber die Regierung in der tschechoslowakischen Armee über kein verlässliches Instrument verfügt. Die Frage einer auswärtigen Intervention ist also keine müßige mehr; man fühlt immer deutlicher, daß die Souveränität des tschechoslowakischen Staates zurzeit nicht mehr besteht, und bereitet sich auf Ereignisse vor, deren politische Tragweite abzuschätzen man heute allerdings noch nicht imstande ist.

Protestversammlung gegen die neuen Steuern.

In großen Saale des Stadthauses in Laibach wurde am 7. Oktober eine gut besuchte Protestversammlung der wirtschaftlichen Organisationen von ganz Slowenien gegen die neuen Steuerlasten abgehalten, welche das provisorische Finanzgesetz für das Budgetjahr 1920/21 der heimischen Volkswirtschaft auferlegt. Den Vorsitz der Versammlung führte Herr Dragotin Fribar als Vertreter des Industriellenverbandes und die Herren Carabon und Francetti als Vertreter von kaufmännischen bzw. gewerblichen Organisationen. Anwesend waren auch die Abgeordneten Kramar, Brezigar, Pestotnik und Buc. Nachdem der Vorsitzende Fribar die Versammlungssteilnehmer begrüßt und den Zweck und die Bedeutung der Zusammenkunft dargelegt hatte, referierte Großkaufmann Zelac in über die allgemeine wirtschaftliche Lage, der Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Dr. Mohoric über die Umsatzsteuer und über die neuen Verzehrungssteuern.

Der Berichterstatter Herr Zelac in unterwarf die staatliche Finanzwirtschaft, die blindlings das Geld verstreue und ebenso blindlings die Bedeckung suche, einer scharfen Kritik. Der Handels- und überhaupt Erwerbsstand genieße keinerlei Schutz. Der Redner greift in heftigen Worten die slowenischen Zeitungen ohne Unterschied der Partei und die slowenische Journalistik an, welche unaufhörlich bloß auf die Kaufleute loszuschlagen. Die wichtige Frage der Ausfuhr sei von Grund aus fehlerhaft geregelt worden. Die Kaufleute verlangen die freie Konkurrenz. Die Zentralregierung kenne aber die Verhältnisse nicht, weil sie nicht zulasse, daß auf wichtigen Posten auch Beamte aus den hiesigen Gegenden angestellt werden. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung seien verfehlt. Der Herr Finanzminister müßte als erster wegen Preisstreiberei angeklagt werden. Der Redner wendet sich dagegen, daß der Staat die Konsumorganisationen mit den Mitteln aufpüppelt, die er sich aus den Taschen der Kaufleute verschafft. Diese Organisationen seien selbst die größten Spekulanten. Die wirtschaftlichen Vereinigungen müßten alle ihre Kräfte anspannen, damit eine gründliche Ueberprüfung des Finanzgesetzes durchgeführt werde.

Herr Dr. Mohoric brachte darauf eine Denkschrift zur Verlesung, der wir u. a. folgendes entnehmen: Das Finanzgesetz ist auf eine vollständig ungesetzliche Weise verlaublich worden und hat Handel, Industrie und Gewerbe sozusagen über Nacht getroffen. Die neuen Steuervorschriften sollen in Zukunft an einen Präklusivtermin von zwei

Monaten zwischen der Verlautbarung und dem Gültigkeitsbeginn gebunden werden. Die Umsatzsteuer soll aufgehoben werden, bis ihre endgültige Form und die Art der Einhebung festgestellt sind. Es ist unzulässig, daß der Umsatzsteuer bloß Handel, Industrie und Gewerbe unterworfen sein sollen, während das Genossenschaftswesen und verschiedene andere Anstalten hiervon befreit sind. Am besten wäre es überhaupt, wenn der Finanzminister die allgemeine Erwerbsteuer um 160 Millionen Kronen, die er aus der Umsatzsteuer in Slowenien zu schöpfen gedenkt, erhöhen würde. Als Beschwerdeinstanz soll das Finanzamt in Laibach delegiert werden. Die wirtschaftlichen Vereinigungen erheben Einsprüche gegen die besonderen Verzehrungssteuern für Slowenien und die Stadt Laibach. Die Vorschrist, daß die Verzehrungssteuern in Gold zahlbar seien, wird auf das entschiedenste abgelehnt. Die gegenwärtigen Verzehrungssteuern sind viel zu hoch und gefährden die Volkswirtschaft, weil sie die Preise fast aller wichtigsten Lebensmittel in die Höhe treiben. Als Zucker darf keine neue Verzehrungssteuer erhoben werden; das beabsichtigte Monopol würde den Preis nicht herabsetzen, sondern im Gegenteil verteuern. Die Verzehrungssteuer auf Reis und Del oil, soferne diese Artikel heimischer Herkunft sind, völlig weglassen. Die Verzehrungssteuer auf Kaffee und Kaffeesurrogate soll entweder gänzlich aufgehoben oder auf ein Viertel herabgemindert werden. Das Gleiche gilt für die Biersteuer, welche eigentlich eine Produktions- und keine Konsumsteuer darstellt. Die Denkschrift kritisiert die Besteuerung der elektrischen und Gasbeleuchtung, weil diese Steuer die elektrische Industrie zu vernichten droht. Die Elektrizität ersetzt Kohle und Petroleum, für welche an das Ausland ungeheure Summen entrichtet werden müssen. Nach dem Gutachten von Fachmännern würde diese Steuer den Verbrauch des elektrischen Lichtes bei einer Glühlampe von 16 Kerzenstärken um 53 Prozent und von 1000 Kerzenstärken um 160 Prozent verteuern. Die Steuer auf die elektrische Beleuchtung bedeutet eine Steuer auf die Zivilisation. Die Verzehrungssteuer auf Alkohol und alkoholische Getränke, die bis 80 K für den Liter beträgt, wird die Spirituosenindustrie vernichten, welche gegenwärtig noch gewaltige Mengen von Alkohol ins Ausland ausführt. Die Verzehrungssteuer auf Branntwein soll bei uns erst in Kraft treten, sobald sie auch in Serbien eingeführt wird. Die Denkschrift lehnt jede Besteuerung der Mineralwasser ab, welche unsere Kuranstalten zu vernichten droht und in erster Reihe den Staat selbst schädigt. Die wirtschaftlichen Kreise protestieren dagegen, daß auch bei uns das Monopol auf Zündhölzer, Salz, Petroleum und Zigarettenpapier eingeführt werden soll. Ein solches Monopol würde dem Staate weniger einbringen als die Monopolsteuern, dagegen den Konsumenten mit höheren Preisen belasten als beim freien Handel. Die Denkschrift verlangt schließlich die Aufhebung der Verzehrungssteuerlinie in Laibach, welche in keiner anderen Stadt sonst noch besteht.

Der Abgeordnete Dr. Kramer erklärte namens der demokratischen Abgeordneten der Nationalvertretung, daß er mit den vorgebrachten Beschwerden bezüglich der Umsatz- und Verzehrungssteuer vollinhaltlich übereinstimme. Er schildert den Kampf der demokratischen Mitglieder des Finanzausschusses um die Revision des Staatsvoranschlages und verweist auf die tatsächlich erreichten Erfolge, mögen sie auch nicht allen Erwartungen entsprechen. Er spricht die Hoffnung aus, daß diese Beschlüsse bei der Nachprüfung des Staatsvoranschlages, der sich gegenwärtig auf der Tagesordnung der Nationalvertretung befindet, im vollsten Maße berücksichtigt werden. Der Redner macht auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die sich einer einheitlichen Wirtschaftspolitik des Staates entgegenstellen.

Der Abgeordnete Dr. Buc ist der Meinung, daß der Staatsvoranschlag ungesetzmäßig sei und niemanden binde. Die Staatsverwaltung anferlege den erwerbenden Schichten der Bevölkerung unerträgliche Lasten, ohne ihrerseits irgendwelche Rechnung zu legen. Der Redner spricht sich gegen alle Steuern aus, welche die Produktion nicht fördern. Wir sind, ruft der Redner aus, keine Separatisten, aber abzumucken lassen wir uns nicht.

An der Erörterung beteiligten sich noch mehrere Redner, welche konkrete Beschwerden vorbrachten und die Un Sinnigkeit und Unausführbarkeit vieler neuer Vorschriften nachwies.

Alle Redner ernteten lebhaften, stellenweise stürmischen Beifall. Zum Schlusse beantragte Herr Zelenka eine Entschliessung, welche in Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen wegen der Adriafrage

die nationalen Forderungen betont. Die Entschliessung und die Denkschrift wurden unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Kohlenvertheuerung.

Die Landesregierung für Slowenien erhöht neuerlich die Kohlenpreise.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Kohlenbergbau in Wöllan im Einvernehmen mit der Landesregierung für Slowenien die Kohlenpreise für die Industrie ab 1. Oktober von 3380 K auf 5000 K pro 10.000 Kgr., also rund um 50% erhöht. Hat schon die letzte Preiserhöhung für die Triisaler Kohle in etwa gleicher Höhe allgemeines Aufsehen erregt, obwohl dafür ins Treffen geführt wurde, daß mit dieser Preiserhöhung sehr wesentliche Investitionen seitens der Triisaler Kohlenwerksgesellschaft zur Hebung ihrer Produktion durchgeführt werden sollten, so muß die Preiserhöhung für die Wöllaner Kohle umso schärferen Widerspruch hervorrufen, als sie jeder Berechtigung entbehrt. Wenn dabei noch berücksichtigt wird, daß die Wöllaner Kohle im grubenseuchten Zustande mit zirka 40 bis 50 Prozent Wasser zum Versand gebracht wird und die enorme Fracht auch für Wasser bezahlt werden muß, was bei der Triisaler Kohle nicht in dem Maße der Fall ist, so wird man die Forderung aus wirtschaftlichen Kreisen für berechtigt erklären, daß der Preis für die Wöllaner Kohle in der bisherigen Höhe belassen werde, weil schon bei diesem Preise jene Industrien, die auf den Bezug der Wöllaner Kohle angewiesen sind, mit den gleichen Industrien, denen bessere Kohle zur Verfügung steht, nicht konkurrieren können. Es dürfte, wie wir hören, in den nächsten Tagen eine Versammlung der Interessenten stattfinden, welche sich mit der Angelegenheit befassen wird. Wir werden darüber noch des Näheren berichten.

Liste der Waren

deren Einfuhr vom Zoll befreit ist.

Das Belgrader Amtsblatt veröffentlicht nachstehenden Beschluß des wirtschaftlich-finanziellen Komitees:

1. Folgende Gegenstände werden vom Einfuhrzoll befreit ohne Rücksicht darauf, woher sie kommen oder ob ihre Einfuhr verboten ist oder nicht, wenn sie staatliche oder autonome Behörden, Institute, Industrielle, Gewerbetreibende, Landwirte oder deren Genossenschaften zu eigenem Gebrauche einführen: Dampfkessel mit allen dazu nötigen Geräten, verschiedene Maschinen und Motore und deren Teile, Transmissionen, Transformatoren, Kondensatoren, Akkumulatoren, Elektroden bis zur Schwere von 5 kg, Kabel und andere elektrische Stromleitungen, ferner Apparate und Geräte zu jedem beliebigen Industrie- oder landwirtschaftlichen Gebrauche, Pumpen und Brückenwagen, alle Schmieröle zur Erhaltung und Konservierung der verschiedenartigsten Maschinen und Geräte, Gasöl, Naphtha, Benzin und alle übrigen Mineralöle, die zur Förderung der Betriebskraft bei Maschinen und Motoren verwendet werden, außer Kerosin, Stein- und Holzkohle und Britette.

2. Folgende Gegenstände werden vom Zolle befreit für den Fall, daß sie im Lande selbst nicht vorrätig wären: Alle Baumaterialien, Material für elektrische, Wasserleitungs-, Gas-, und Fabriksinstallation, chemisches Hilfsmaterial und Farben, verschiedene Halbfabrikate.

3. Vom Einfuhrzoll bedingungslos befreit bleiben: Alle Boote und Dampfer, die keinem Luxuszwede dienen, (Personen- und Warendampfer, Pontons, Schlepper, Bagger), Schienen, Waggons und Drahtseile für alle Arten von Eisenbahnen.

Befreit werden nach dem Minimaltarife: Die unter 1 angeführten Gegenstände, wenn sie von Importeuren hereingebracht werden, die kein Recht auf Zollbefreiung haben, die unter 2 angeführten Gegenstände, die von Importeuren hereingebracht werden und sich nicht im Lande befinden oder doch nur in sehr ungenügenden Mengen, ferner Druckereibuchstaben und Druckereimaterial jeder Art, Karton, Holz- und Blechschachteln für Emballagezwecke, Bier- und Mineralwasserflaschen, Watte, Baumwollgarne, Baumwollwolle, Neuseeländer Hanf, Kokoshaare, Säcke von welchem Material immer, die zur Emballage und zum Transport von Industrie- oder landwirtschaftlichen Produkten dienen.

Politische Rundschau.

Inland.

Aus dem Ministerrate.

In der Ministerratsitzung vom 7. Oktober wurde der Beschluß gefaßt, daß weitere Einberufungen zu den Waffenübungen zu unterbleiben haben. Ferner soll ein sozialpolitischer Ausschuss eingesetzt werden, der sich mit der Frage der Arbeiterkammern, der Arbeitervertrauensmänner bei den Industrieunternehmungen, der Wohnungsbeschaffung, der Gründung einer Arbeiterunfallversicherung für Bosnien und die Herzegovina sowie mit den vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung einer einheitlichen Arbeiterversicherung für den ganzen Staat befassen soll. Schließlich wurde eine Zuschrift der Laibacher Landesregierung zur Verlesung gebracht, welche einzelne Unzulänglichkeiten in der Staatsverwaltung zum Gegenstande hat. Die Beschwerde ist aber so unglücklich stilisiert und entbehrt so sehr aller urbanen Formen, daß die Schreibweise von allen Mitgliedern des Ministerrates einstimmig verurteilt wurde. Es wurde beschlossen, alle Landesregierungen aufzufordern, die Bevölkerung durch Darlegung der bestehenden Verhältnisse und Schwierigkeiten aufzuklären und auf diese Weise das Untergraben der staatlichen Autorität zu verhindern.

Die jugoslawischen Minimalforderungen in der Adriafrage.

Einer Belgrader Meldung zufolge hat der Ministerrat in seiner Sitzung vom 8. Oktober die jugoslawischen Minimalforderungen in der Adriafrage, wie folgt, festgestellt: 1. Finne und Hafen müssen unter das Protektorat des Völkerbundes kommen; 2. in Istrien bildet die sogenannte Wilson-Linie die Grenze; 3. ganz Dalmatien mit allen Inseln muß Jugoslawien zufallen und 4. Sutari hat als jugoslawischer Besitz zu gelten, da Italien die früheren Vereinbarungen über Albanien verletzt hat. Die Verhandlungen zwischen unserem und dem apenninischen Königreiche sollen in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in einer norditalienischen Stadt wieder aufgenommen bzw. fortgesetzt werden.

Bulgarische Propaganda in Makedonien.

Bulgarische Agenten, welche sich über die Grenzen geschlichen haben, beginnen neuerdings in ganz Makedonien eine lebhaftere Propaganda zu entfalten. An diesem Treiben beteiligen sich auch Gemeindefunktionäre in kommunistischen Gemeinden. Die Wählerereien innerhalb des Staates stehen in engem Zusammenhange mit den räuberischen Überfällen, welche durch bulgarische Banditen zeitweise auf unser Gebiet verübt werden. Unsere Gendarmerie ist eifrig an der Arbeit, all diesen fragwürdigen Elementen das Handwerk zu legen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in Kärnten.

Die am 10. Oktober festgesetzte Abstimmung in der südlichen Kärntner Zone ist unter ungeheurer Beteiligung der Stimmberechtigten vor sich gegangen. Schätzungsweise haben bei 93 Prozent an der Abstimmung teilgenommen. Bis zur Stunde, wo diese Zeilen in Druck gehen, ist das amtliche Abstimmungsergebnis noch nicht bekannt; nach privaten slowenischen Schätzungen werden die Wankelmütigen den Ausschlag geben. Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1910 bekannten sich in der südlichen Kärntner Zone, welche die Gebiete von Bleiburg, Bleiburg, Ferlach und Feistritz umfaßt, rund 51.000 Menschen zur slowenischen und 21.000 zur deutschen Nationalität. Die Abstimmung in der nördlichen Zone mit Klagenfurt, welche im Jahre 1910 neben 48.000 Deutschen 5000 Slowenen zählte, findet am 31. Oktober, jedoch im Sinne des Friedensvertrages nur dann statt, wenn sich die südliche Zone für Jugoslawien entscheidet.

Ausland.

Italienische Annäherungsversuche an Deutschland.

Mitti erklärte unlängst einem Ausfrager gegenüber, der Imperialismus sei von Deutschland auf seine Besieger übergegangen. Deutschland befinde sich in unerträglicher Lage und unter hassenwerter Kontrolle, sei jeder Demütigung unterworfen und sehe Militärkommissionen als Geschäftsträger statt Botschafter bei sich. Es habe keine Rohstoffe, Schiffe, Kolonien, Devisen und solle auf unbestimmte Zeit hinaus unbegrenzte Entschädigung zahlen. Die Sieger sollten bedenken, daß sie auch Pflichten hätten. Die Welt könne ohne die deutschen

Die Wahlreklamationen waren diesmal besonders zahlreich. Wer im Verdachte stand, deutsch oder deutschfreundlich zu sein, der wurde rücksichtslos hinausreklamiert. Auf diese Weise ist der Prozentsatz der Deutschen, der bei der letzten Bevölkerungsaufnahme infolge gewisser Umstände auf eine kleinere Ziffer zusammengeschrumpft war, sprunghaft wieder in die Höhe geschneit. Es wurden Deutsche förmlich aus dem Boden gestampft! Jeder beliebige hatte die Möglichkeit, in seinem Mitwähler einen Deutschen zu vermuten, und das Recht, auf Grund dieser Vermutung dessen Streichung aus der Wählerliste zu verlangen. Es erhebt sich nun, da darüber keine gesetzliche Bestimmungen bestehen, die Preisfrage, was das Kennzeichen deutscher Volkszugehörigkeit ist, oder wer die Nationalität eines Menschen zu bestimmen hat, der betreffende selbst, oder ein beliebiger X Y, oder die Behörde. Ein feiner Zustand! Daß es übrigens zu solchen Verhältnissen kommen würde, haben wir schon lange vorausgesagt, damals, als die politische Entrechtung der Optionsberechtigten das erstmal zur Debatte stand. Die Sache hat aber auch noch einen interessanten Hintergrund. Es wurden Leute, vornehmlich solche sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit, hinausreklamiert, welche Slowenen sind und kein Wort Deutsch verstehen. Was nun, wenn solcher unfreiwillig zum Deutschen gestempelt Slowene in legislativer Folgerung den Anspruch erhob, daß seine Kinder die deutsche Volksschulklasse zu besuchen haben? Er würde vermutlich kein Glück haben mit seiner Forderung, denn da würde er flugs wieder zum Slowenen umgestempelt werden. Für solche, welche sich in abhängiger Stellung befinden, sind aber derartige Reklamationen nicht ungefährlich. Denn wenn er als angeblicher Deutscher aus der Wählerliste gestrichen wird, so kann es ihm passieren, daß ihm auch in seiner Arbeitsstätte der Stuhl vor die Türe gestellt wird. Solche unfreiwillige Deutsche werden sich daher bemühen müssen, schleunigst wieder in die Wählerliste hineinzukommen. Aber nicht nur die Nationalität, sondern auch die Parteizugehörigkeit wird auszuforschen versucht. In den letzten Tagen erkundigte sich ein junger Mann angelegentlich bei den einzelnen Hausbesitzern, für welche Partei die im Hause wohnhaften Wähler stimmen würden. Selbstverständlich sind dem Psiffikus, der auf diese Weise das Wahlgeheimnis zu lüften und die Zukunft zu enthüllen versuchte, allerhand ulkige Bären aufgebunden worden.

L 10

M

J. G.

147

147

147

Erzeugnisse niemals wieder billige Preise bekommen. Der deutsche Militarismus war hassenwert, aber die deutsche Arbeit bewundernswert und für die Welt unentbehrlich. Der Völkerverbund ohne den Beitritt der Besiegten sei ein Scheingebilde und beanspruche dabei Deutschland dauernd streng zu kontrollieren. Die Welt müsse begreifen, daß Italien keines Volkes Unterdrückung und keine Allianzen, vielmehr den Frieden und Wiederaufbau Europas wolle.

Die Prügelstrafe in Ungarn.

Am 1. Oktober ist in Ungarn das Gesetz über die Prügelstrafe in Kraft getreten, die über Lebensmittelschieber und Wucherer verhängt werden kann. Die Prügelstrafe ist in Anwesenheit eines Mitgliedes des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft (des staatsanwaltlichen Bevollmächtigten) und des behördlichen Arztes mit Ausschluß der Öffentlichkeit durchzuführen. Die Stockschläge hat der vom Leiter der Staatsanwaltschaft ausersehene Gefängniswärter bei Erwachsenen mit einem 75 Zentimeter langen und 2 Zentimeter breiten Haselnußstock zu verabreichen. Jugendlichen Individuen gegenüber ist ein deren Alter und körperlicher Entwicklung entsprechendes spanisches Rohr oder eine Rute anderer Beschaffenheit anzuwenden. Nimmt der Arzt während der Durchführung der Prügelstrafe wahr, daß die Fortsetzung der Durchführung gefährlich für die Gesundheit des Verurteilten werden kann, so ist die Fortsetzung der Durchführung sofort einzustellen und der Verurteilte tritt an Stelle der nicht erhaltenen Stockschläge die mit dem Urteil festgestellte Freiheitsstrafe an.

Die Auswanderung aus der Slowakei.

Das Amerikafieber ergreift immer weitere Kreise in der Slowakei. Im Szczower Komitate haben im vorigen Monate 102 Personen, meist junge Bur-schen, um die Auswanderungsbewilligung ange-sucht. Als Grund für dieses Streben nach der Fremde bezeichnet der dortige Stuhlrichter die Sehnsucht nach Reichtum, die Furcht vor dem Militärdienst und die kritischen Ernährungsverhältnisse.

Der russisch-polnische Vorfriede.

Auf der Konferenz in Riga ist der Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen unterzeichnet und der Vorfriede abgeschlossen worden. Den Vereinbarungen zufolge wird das Gebiet des polnischen Staats über seine ethnographischen Grenzen hinaus erweitert, Weißrußland, die Ukraine und Litauen werden als selbständige Republiken anerkannt und erhalten die Rolle von Pufferstaaten. Insbesondere Litauen mit seinen zweieinhalb Millionen Menschen hat offensichtlich keinen andern Zweck, als einen Keil zu bilden zwischen Rußland und Deutschland. Die Zugehörigkeit Ostgaliziens soll durch eine Volksabstimmung geregelt werden. Dieses Abkommen, welches ferner auch noch Bestimmungen über den Minderheitenschutz, das Opinionsrecht der Staatsbürger, über den beiderseitigen Verzicht auf Kriegsschuldigung und die Einstellung der Feindseligkeiten enthält, ist als vorläufiger Erfolg Polens, bezw. des hinter diesem stehenden Frankreich zu werten. Hierdurch ist jedoch die Klüft zwischen den beiden slawischen Staaten nicht zugeschüttet, sondern nur verdeckt worden. Die erdgültige Auseinandersetzung zwischen Rußland und Polen ist auf spätere Zeiten verschoben worden: das ist das Fazit der Konferenz in Riga.

Aus Stadt und Land.

Unsinn oder Methode. In Laibach hat eine Firma eine größere Anzahl von Glühbirnen für elektrische Taschenlampen vorrätig. Jede Glühbirne kostet zwei Kronen, unterliegt jedoch einer Verzehrungssteuer von 40 R. Die betreffende Laibacher Firma soll entschlossen sein, wie Jutro andeutet, sämtliche Glühbirnen dem Finanzminister zur Verfügung zu stellen. Dazu wird es natürlich nicht kommen, da das Finanzgesetz voraussichtlich im Sinne der vom Finanzausschusse beschlossenen Abänderungen korrigiert werden wird. Aber man muß sich, wenn man speziell diesen einen Fall aus der Anzahl der übrigen herauszieht, an den Kopf greifen und fragen: Ist denn niemand von den Verordnungs-machern imstande, sich den Effekt der einzelnen Verfügungen nach deren Durchführung auszumalen? Oder ist es eine neue Methode der Gesetzgebung, Verordnungen und Erlasse, die ansonsten in besonderen Körperschaften und Ausschüssen beschloffen wurden, in demokratischer Manier von der gesamten Öffentlichkeit besprechen und abändern zu lassen? Darüber ließe sich ja reden! Aber warum erhalten solche in der Volkswirtschaft tief eingreifenden Verordnungen sogleich Gesetzeskraft, warum wird deren Wirksamkeit nicht wenigstens auf einen so späten Zeitpunkt verlegt, daß nachträgliche Änderungen möglich sind, ohne den untergeordneten Beamten unnütze Arbeit, den Staatsbürgern aber Zwangigkeiten oder gar Schäden zu bereiten?

Der Zucker kostet 14 R jugoslawischer Währung das Kilogramm, aber natürlich nicht bei uns, sondern in — Deutschland. Im dreinamigen Königreiche wird der Zucker monopolisiert werden und angeblich vorderhand „bloß“ 44 bezw. 48 R kosten. Es gehört aber keine besondere Prophetengabe dazu, um vorherzusagen, daß der Zucker den gegenwärtig im Freihandel verlangten Preis bald überflügeln, jede künstliche Vertenerung der übrigen Monopolartikel getrenlich mitmachen und schließlich eine ganz unerschwingliche Preisshöhe erklimmen wird.

Herzliche Bitte. Unser heimischer hochbegabter Lyriker und Organist, Herr Eduard Interberger, bekanntlich gänzlich blind, steht infolge baulicher Veränderungen in seiner bisherigen Wohnung wohnungslos da. Alle Freunde und Bekannten des bedauernswerten Künstlers, der sich um das künstlerische Leben in unserer Stadt so große Verdienste erworben, werden innigst gebeten, Herrn Interberger beizustehen, damit er eine wenn auch bescheidene Unterkunft finde. Auf irgendwelche Vebienung wird kein Anspruch gemacht, wohl aber wäre es äußerst erwünscht, wenn Herr Interberger im gleichen Hause verköstigt werden könnte. Wohnung und Kost werden natürlich nach Uebereinkunft bezahlt. Allfällige Anträge wollen Herrn Oskar Wagner, Beamter in der städtischen Sparkasse, zur Kenntnis gebracht werden.

Die Postzustellung in Cilli. Zu der unter dieser Ueberschrift in der Nummer vom 3. Oktober gebrachten Notiz erhalten wir vom Post- und Telegraphenamt Cilli nachstehende Zuschrift: An die Schriftleitung der Cillier Zeitung in Cilli. In Ihrer Nummer 78 beschwert sich jemand im Artikel „Die Postzustellung in Cilli“ wegen der bloß einmaligen täglichen Zustellung. Bei der gegenwärtigen Eisenbahnfahrordnung genügt aber die einmalige Zustellung vollständig, da die Postzüge in der Zeit

zwischen 5 Uhr nachmittags und 7 Uhr vormittags eintreffen und die gesamte während dieser Zeit eingelangte Post im Laufe des Vormittags zugestellt wird, sodas für nachmittags nichts übrig bleibt. Ich bitte, diese Aufklärung in einer der nächsten Nummern zu veröffentlichen. Mit Hochachtung A. Wirnik, Postamtsvorstand.

Der Postpaketverkehr mit Deutsch-Österreich. Das Post- und Telegraphenministerium hat mit Verordnung 30691 vom 26. August 1920 den Postpaketverkehr mit Deutsch-Österreich mit der Gültigkeit ab 1. September eröffnet. Die bezüglichen Bestimmungen lauten: Auf die Dauer des Ausfuhrverbotes werden von den Postämtern nur Sendungen aufgenommen, die von irgendwelchem Zollamt des Königreiches verzollt wurden, bezw. deren Ansfuhr vom Zollamt bewilligt wurde. Der Absender ist verpflichtet, den Inhalt des Paketes dem Zollamt zur Besichtigung vorzulegen und die Zollgebühren zu entrichten. Bezüglich der Packung der Sendungen bleiben die bisherigen Vorschriften auch weiter anrecht und sind streng zu beachten. Pakete nach Deutsch-Österreich können mit Nachnahme nicht belastet werden. Das Höchstgewicht eines Paketes beträgt 20 Kilogramm. Die Wertangabe kann dem faktischen Wert des Paketes angemessen sein, darf aber das Maximum von 500 Schweizer Frank, 4000 Dinar oder 8000 Kronen nicht übersteigen. Die bei der Aufgave einzuhebenden Gebühren werden nach Gewicht, Wertangabe und nach dem Expresz-Zustellungs-tarif angerechnet. 1. Gebühren nach Gewicht: Bis 5 Kgr. 2 Dinar 80 Para = 11 Kronen 20 Heller; von 5 bis 10 Kgr. 5 Dinar 60 Para = 22 Kronen 40 Heller, von 10 bis 15 Kgr. 8 Dinar 40 Para = 33 Kronen 60 Heller, von 15 bis 20 Kgr. 11 Dinar 20 Para = 44 Kronen 80 Heller. 2. Gebühren nach der Wertangabe: Bis 300 Schweizer Frank, 1200 Dinar oder 4:00 Kronen 40 Para = 1 Krone 60 Heller, von 300 bis 500 Schweizer Frank, 2000 Dinar oder 8000 Kronen 80 Para = 3 Kronen 20 Heller. 3. Expreszgebühr: 50 Schweizer Centimes, 2 Dinar oder 8 Kronen.

Kulturbundkalender. Der im Verlage des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes erscheinende Kulturbundkalender für das Jahr 1921 ist bereits im Druck und kommt in der nächsten Zeit zur Versendung. Der Kalender umfaßt zirka 100 Seiten, ist illustriert, vorzüglich redigiert und den Verhältnissen entsprechend nett ausgestattet. Er enthält außer der Genealogie des Herrscherhauses, dem Kalendarium für Katholiken, Protestanten, Griech.-Orientalen und Israeliten auch den Wandel der Himmelskörper, einen ausgewählten, aus Originalbeiträgen unserer heimischen Dichter bestehenden literarischen Teil, eine reiche Auswahl von Gedichten und Erzählungen in Hochdeutsch und den verschiedenen Mundarten der Deutschen Jugoslawiens, das übliche Jahrmartverzeichnis, eine alphabetische Namens-tagsliste, ferner die Banernregeln, Trächtigkeitstabelle und Zinsenrechnungstabellen, Posttarif und noch v. a. m. Der Preis des Kalenders beträgt 18 R. Alle Stellen, die den Kalenderverkauf durchzuführen beabsichtigen, sowie Einzelpersonen werden ersucht, ihren Kalenderbedarf unverzüglich der Verwaltung der Neuen Zeit in Belisk (Groß-)Betschkerel (Oslilceva ulica 1) bekanntzugeben. Die Lieferung erfolgt auf feste Rechnung.

Ein Affenattentat. Wie aus Athen gemeldet wird, ist vor einigen Tagen der griechische König infolge eines Bisses durch einen Affen erkrankt, der ihn in dem Augenblicke überfiel, als er seinen Hund retten wollte. Der allgemeine Zustand des Königs ist befriedigend, die Krankheit verläuft nach Aussage der Aerzte ganz normal. Eunstere Komplikationen sind nicht zu befürchten. — Hierzu schreibt die Prager Bohemia: Leider erfährt man durch diese Meldung nicht, ob der König einen Affen hat, der seinen eigenen Herrn zu attackieren wagte, oder ob der Affe nicht zum königlichen Hofstaat gehört, wodurch sich die Geschichte noch affiger gestalten würde. Jedenfalls bedeutet dieses Attentat einen Glanzpunkt in der Entwicklung der Affen. Vor dem Krieg ahmten sie nur unvollkommen menschliche Sitten nach. Seit einiger Zeit ist die Ähnlichkeit zwischen dem Menschen und dem Affen bedeutend größer geworden, was man besonders gut studieren kann, wenn man einen neuen Reichen beim Speisen beobachtet. Daß die Affen aber schon genau so wie die Menschen gegen gekrönte Häupter vorgehen und sich sozusagen als revolutionäre Tat-Affen präsentieren, ist mindestens ein Beweis dafür, daß die Affen den Menschen in gar nichts mehr nachstehen, ja daß sie sogar um eine Nuance noch radikalere sind.

Wirtschaft und Verkehr.

Eisenbahnbauten. Dem Verkehrsministerium wurde ein Projekt für den Bau der Eisenbahnen in einer Länge von 950 Kilometer vorgelegt. Diese Linien werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Kredite innerhalb von 50 Jahren ausgebaut werden.

Wiederherstellung der Eisenbahnen. Wie aus Belgrad berichtet wird, hat die Eisenbahnverwaltung einen Kredit von 40 Millionen Dinars zwecks Reparatur der Strecke Laibach—Belgrad—Saloniki und für die Vervollständigung der Arbeiten an den einzelnen Schmalspurbahnen erhalten.

Die freie Ausfuhr von 15 000 Waggons Weizen ist zufolge Entscheidung des wirtschaftlich-finanziellen Komitees an folgende Bedingungen geknüpft: Kein Exporteur darf irgend eine Ausnahmestellung einnehmen. Für alle gilt die Bedingung der gesunden Baluta und des gleichen Ausfuhrzolles. Dieser Zoll muß sogleich bei der Beförderung entrichtet werden. Um die Mehlausfuhr zu begünstigen, ist unter das Kontingent von 15.000 Waggons Weizen auch Mehl einbezogen ohne Abzug der Kleie und anderer Nebenprodukte der Mehlindustrie. Alle früheren Bestimmungen werden hiemit außer Geltung gesetzt.

Mais für die passiven Landesteile. Das Ministerium für Ernährung und Wiederaufbau hat 2000 Waggons Mais zur Verpflegung der Bevölkerung in den passiven Landesteilen beschafft.

Das Zuckermopol und die heurige Kampagne. Am 6. Oktober sind in Belgrad die Direktoren aller Zuckerraffinerien im dreinamigen Königreiche eingetroffen und haben den Finanzminister und den Minister für Volksernährung aufgesucht. Bei dieser Gelegenheit gaben sie dem Wunsch Ausdruck, daß die Regierung, die ein Monopol auf den Zucker einzuführen gedenkt, dies tunlichst bald tue, damit sich die Fabriken danach richten können. Unser Bedarf wird etwa 8000 Waggons

betragen, von denen die heimische Produktion nur 3000 decken können. Der Finanzminister erklärte den Direktoren, daß die Regierung den Zucker von allen Fabriken —, ausgenommen jene in Serbien (Belgrad und Cuprija) und Bosnien, zu 8 Dinar pro Kilogramm ablaufen und zu 12 Dinar verkaufen werde. Auf diese Weise hofft der Finanzminister eine Deckung für die neuen Beamtenzuschläge zu erlangen.

Das tschechisch-südslawische Handelsabkommen gescheitert. Zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach Jugoslawien 1600 Waggons Weizen gegen Zucker liefern sollte im Verhältnis von 3 zu 2. Lidove Noviny meldet nun, daß diese Vereinbarung zunichte geworden ist, weil die Sachvertreter, denen das Verpflegeministerium die Ausführung der Vereinbarung übertragen hatte, dazu zwanzig Tage benötigt hatten. Inzwischen sei der Getreidepreis bedeutend gestiegen, der Preis des Zuckers gesunken, so daß Jugoslawien auf die Vereinbarung verzichtete.

Böhmische Hopfenernte. Im Aufschauer Rotland wurden 26.000 Zentner à 50 Kilogramm (in 1914 60.000 Zentner) geerntet. Das Danbaer Grünland erntete 1200 Zentner gegen 8000 Zentner in 1914. In Aufschau sind schon 60% der Ernte verkauft.

Fensterglas. Durch das Wiederauftreten der belgischen und deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist die böhmische Fensterglasindustrie in große Schwierigkeiten geraten. Fabriken, die nicht über die finanzielle Rückendeckung verfügen, waren gezwungen, das Glas tief unter ihren Selbstkosten zu verkaufen.

Ein Petroleumlager in Südtirol. In Südtirol wurde ein Petroleumlager entdeckt, das sich von Metajendo bis Salurn erstrecken soll.

Die italienischen Handelsverträge. Die italienische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch welche sie freie Hand erhält, die Reißbegünstigungsverträge, die seit Kriegsbeginn abgeschlossen sind und die bisher auf Grund der Ver-

ordnung vom 31. Mai 1915 in Geltung erhalten wurden, außer Kraft zu setzen. Offenbar soll jetzt der Abschluß eines Handelsvertrages auf anderen, allgemeinen Grundlagen in Angriff genommen werden.

Englisches Kapital in der Slowakei. Englische Kapitalisten interessieren sich für die Verwertung des Holzreichtums in der Slowakei. Es soll eine Fabrik für die chemische Verwertung des Holzes gegründet werden.

Eine niederländische landwirtschaftliche Kommission in Ungarn hat den Auftrag, zu untersuchen, inwiefern einige Erzeugnisse der Landwirtschaft in Ungarn Verwendung finden könnten. Sie widmet ihre Aufmerksamkeit insbesondere der Viehzucht, um festzustellen, wie weit die holländische Hornviehrasse hier weitergezüchtet werden könnte. Vor allem würde es sich dabei um die Hebung der Milchproduktion handeln, da es daran in Ungarn unter den heutigen Verhältnissen empfindlich mangelt.

Beginn des Preisabbaues in Amerika. Eine erfreuliche Nachricht für die ganze Welt kommt aus den Vereinigten Staaten. In New-York bildet die Preisminderung der Handelswaren das allgemeine Stadtgespräch. Mehrere Firmen kündigen Preisermäßigungen von 30 bis 40 Prozent an. Der Handelssekretär stellt einen weiteren Preisfall in Aussicht. Es wird bemerkt, daß die amerikanischen Geschäftskreise allgemein der Meinung sind, die Steigerung der Kurse habe ihren Höhepunkt überschritten und dürste einer Umkehr Platz machen. Amerika war von jeher das Land der größten Teuerung und die Warenpreise haben dort vielfach phantastische Hochziffern erreicht. Alle jene, welche in den letzten Monaten Reisen nach Amerika unternommen haben, stimmen darin überein, daß das Leben in den amerikanischen Städten, verglichen mit den früheren Zeiten, unerschwinglich sei. Um so erfreulicher ist die Nachricht, daß in Amerika der Preisabbau begonnen hat. Hoffentlich wird sich diese Bewegung auch Europa in ausgiebigem Maße mitteilen.

Hühneraugen-Operateur

empfehlen sich bestens den geehrten Herren und Damen. Komme ins Haus. Rudolf Resar, Kralj Petrova cesta Nr. 25.

Zwei tüchtige Kontoristinnen

suchen zusammen Stelle in einem Komptoir als erste und zweite Kraft. Gefl. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26421

Ladenmädchen

der slowenischen und der deutschen Sprache mächtig, findet dauernden Posten in der Zuckerbäckerei Johann Pelikan in Maribor, Gosposka ulica 25.

Lokomotivführer

und

Baggermeister

sowie ein

Zeichner

mit maschinentechnischen Kenntnissen für die Werkstätte gesucht. Anzufragen bei der **Werkleitung des Kohlenwerkes Kočevje.**

Weizen

Bohnen, Brotmehl, Kornmehl, Kleie, Pflaumen, Nüsse etc sind waggonweise billigst zu beziehen durch

A. Romano, Zagreb.

Zuschriften erbeten in kroatischer oder deutscher Sprache.

Komplette Hopfendarre

tiefgründiger Hopfenpflug, Pflug zum Häufeln und viele andere diverse Geräte sind zu verkaufen. Anzufragen Janesch, Ljubljana, Sv. Petra cesta Nr. 10.

4 Grablaternen

zu verkaufen bei M. Rauch, Glashandlung in Cilli.

Fast neue

Manufaktur-Stellagen

sind zu verkaufen. Anzufragen bei Franz Urch, Kralj Petrova cesta 13.

Schöner neuer Brennabor-

Kinder-Klappwagen

zu verkaufen bei Josef Sagai, Maribor, Koroška cesta 16.

Französisch

Italienisch

wird unterrichtet. Pred grošijo (Schulgasse) Nr. 6, parterre.

Maschinschreibunterricht

nach dem Zehnfingersystem, in Slowenisch und Deutsch, erteilt Frau Fanny Blechinger, Lervstikova ulica (Feldgasse) Nr. 1.

Slowenisch lernt man spielend

bei Benützung der „Slowenischen Unterrichtsbriefe“ von Insp. Fr. Fink. Das ganze Werk kostet samt Korrektur der Aufgaben K 100. Zum Selbstunterricht, Kurs- und Schulunterricht vorzüglich geeignet. Bei Abnahme einer grösseren Anzahl bedeutende Ermässigung. Verwaltung der „Slowenischen Unterrichtsbriefe“ in Maribor, Kerkova ulica (Kaiserstrasse) Nr. 6

Brennholz

en gros hartes und weiches en detail

zu haben von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags bei

F. Fuchs, Strossmajerjeva ulica Nr. 5

(früher Schiller-Strasse).

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle dem geehrten Publikum von Cilli und Umgebung blühende Topfpflanzen, Zyclamen, Primeln, Chrysanthenen, Asparagus, Palmen sowie auch blühende Stiefmütterchen in prachtvollen Farben. Uebernehme auch alle Art Binderei, wie Kränze, Bouquets und Jardinières.

Es wird mein stetes Bestreben sein, durch aufmerksame Bedienung meine Kunden zufrieden zu stellen. Hochachtungsvoll

Alois Zelenko (vorm. Keller)

Kunst- und Handelsgärtner, Ljubljanska cesta Nr. 19 (Laibacherstrasse).

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme am Leichenbegängnisse unserer innigstgeliebten Tochter, bezw. Schwester

Pepina

sowie für die schönen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir den innigsten Dank aus.

Cilli, am 9. Oktober 1920.

Marie Kommauer
und Kinder.